

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen am 27. Januar 2008 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Wahlergebnisse.....	1
a) Hessen: Der Linken gelingt Durchbruch – Koch verliert zweistellig, Regierungsbildung wird schwierig	1
b) Niedersachsen: Der Linken gelingt Durchbruch – Wulff kann weiterregieren, SPD verliert erneut	3
Bewertung der Wahlergebnisse	4
a) Auswirkungen auf den Bundesrat	4
b) Zu erwartende Auswirkungen auf die Bundesparteien	5
Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes.....	7
a) Die Aufstellung der Parteien und ihre Wahlstrategien	7
b) Erkenntnisse aus den Vorwahlumfragen.....	9
Erste Analyse der Wahlergebnisse	15
a) Die Wahlergebnisse im Einzelnen – nach Parteien und Regionen.....	15
b) Wähler/-innenwanderungen	20
c) Wer wählte wen?	22
Die Autoren / Vorbehalt	23

Zusammenfassung der Wahlergebnisse

Tabelle: Vorläufige Endergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27.01.2008

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2008					
			CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke ¹	Sonst.
Hessen	%	64,3	36,8	36,7	9,4	7,5	5,1	4,4
Niedersachsen	%	57,0	42,5	30,3	8,2	8,0	7,1	3,9
Vorherige Landtagswahl								
Hessen	%	64,6	48,8	29,1	7,9	10,1	---	3,8
Niedersachsen	%	67,0	48,3	33,4	8,1	7,6	0,5	2,0
Veränderung gegenüber der vorherigen Landtagswahl								
Hessen	%	-0,3	-12	7,6	1,5	-2,6	5,1	2,8
Niedersachsen	%	-10,0	-5,8	-3,1	0,1	0,4	6,6	

a) Hessen: Der Linken gelingt Durchbruch – Koch verliert zweistellig, Regierungsbildung wird schwierig

Die Wahlbeteiligung in Hessen lag knapp unter derjenigen von 2003. Angesichts des polarisierten Wahlkampfes erscheint dies zunächst unverständlich. Jedoch: Koch`s Rechnung, mit den Themen Sicherheit auf den Straßen und Ausländer seine Wähler zu mobilisieren ging nicht auf, sie blieben ratlos oder verstimmt zu Hause.

Die hessischen Wähler/-innen bereiteten Roland Koch den brutalstmöglichen Absturz. Er verlor seine absolute Mehrheit. Zwar blieb die CDU am Ende knapp stärkste Partei, doch ob Koch weiterhin als Wahlverlierer Ministerpräsident bleiben kann, ist unklar.

¹ Die Linke trat zur Landtagswahl 2003 in Niedersachsen noch als PDS und in beiden Ländern zur Bundestagswahl als Linkspartei.PDS an.

Die LINKE hat ihre Wahlziele erreicht. Sie hat den Einzug in den hessischen Landtag knapp geschafft. Ihre 5,1% waren es, die Koch um eine schwarz-gelbe Mehrheit brachten. Die LINKE hat nicht rotgrün, sondern schwarzgelb verhindert.

Die SPD zählt in Hessen zu den Wahlgewinnern. Die hessische SPD hat gezeigt, dass die SPD unter spezifischen Bedingungen gewinnen kann. Zu diesen Bedingungen zählen ein im Niedergang begriffener Ministerpräsident, der sich zudem mit seinen Wahlkampfthemen verzockt, und eine eigene Spitzenkandidatin, die sich mit sozialen, linken Themen schmückt und als Gegenmodell zur Koch'schen Konfrontation inszeniert.

Die Regierungsbildung in Hessen gestaltet sich schwierig, da keine der klassischen Koalitionsoptionen – schwarz-gelb oder rot-grün – über eine Mehrheit verfügt. Hessen wird zum Versuchslabor für das neue Fünf-Parteien-System, auf das sich alle Parteien nun auch bundespolitisch einzurichten haben. Bislang will keine Partei „springen“ will, für eine Regierungsbildung muss aber zumindest ein potentieller Partner von seinen Wahlkampfaussagen abrücken.

Kurzzeitig erschien eine Neuauflage von rot-grün möglich. Am Ende blieb die Erkenntnis, dass eine neue rot-grüne Mehrheit in Deutschland und den Ländern nicht absehbar ist (ausgenommen die Stadtstaaten).

Tabelle: Landtagswahlen in Hessen 1999–2008 (Zweitstimmen)

	27. Januar 2008		02. Februar 2003	
Wahlberechtigte	4.370.403		4.330.792	
WählerInnen	2.810.972		2.798.534	
Gültige Stimmen	2.742.709		2.734.992	
Wahlbeteiligung	64,3		64,6 %	
Absolute Zahlen	Stimmen	Diff. zu 2003	Stimmen	
CDU	1.009.749	-324.114	1.333.863	
SPD	1.006.154	210.578	795.576	
FDP	258.554	42.444	216.110	
Grüne	206.606	-69.670	276.276	
Die Linke.	140.488	140.488	---	
Rechte*	51.693	2.585	49.108	
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 2003	%-Stimmen	Diff. Zu 1999
CDU	36,8	-12,0	48,8	5,4
SPD	36,7	7,6	29,1	-10,3
FDP	9,4	1,5	7,9	2,8
Grüne	7,5	-2,6	10,1	2,9
Die Linke.	5,1	5,1	---	---
Rechte*	1,9	0,1	1,8	-1,9
Mandatsverteilung	Mandate**	Diff. zu 2003	Mandate	
Insgesamt	110	---	110	
CDU	42	-14	56	
SPD	42	9	33	
FDP	11	2	9	
Grüne	9	-3	12	
Die Linke.	6	6	---	
Rechte*	---	---	---	
* Rechte 2003: Republikaner , Schill / 2008: Republikaner , NPD				
** Ohne Überhangmandate				

Die NPD und die Republikaner haben in Hessen 1,9% (+0,1%) erreicht. Dies entspricht einem Stimmenzuwachs von knapp 2.600 Stimmen.

b) Niedersachsen: Der Linken gelingt Durchbruch – Wulff kann weiterregieren, SPD verliert erneut

Die Wahlbeteiligung in Niedersachsen hat mit 56,2% einen historischen Tiefstand im Land erreicht. Gegenüber der Landtagswahl 2003 sank sie um fast zehn Prozentpunkte. Die Hauptursache war, neben dem schlechten Wetter ein offensichtlich von vorne herein unterschiedener Wahlausgang und langweiliger Wahlkampf.

Die Regierungspartei CDU verlor 5,8 Prozentpunkte. Die kleinere Regierungspartei FDP gewann 0,1 Prozentpunkte hinzu. Die Regierungsmehrheit schrumpfte von 56,4% auf 50,7%. Die schwarzgelbe Koalition kann weiter regieren, allerdings schnurrte ihre Mehrheit im Landtag von 106:77 Sitzen auf 81:71 Sitze (vorbehaltlich etwaiger Überhangmandate) zusammen.

Die LINKE hat ihr Wahlziel, den Einzug in den Landtag, mit Bravour geschafft. Das Ergebnis von 7,1% ist die Überraschung des Wahlabends. Ein Blick auf die absoluten Wählerstimmen zeigt im Vergleich mit dem Bundestagswahlergebnis, dass die LINKE als einzige Partei ihre Stimmzahl gegenüber der Bundestagswahl trotz deutlich geringerer Wahlbeteiligung ausweiten konnte. Das zeugt von einer hohen Motivation der Wählerinnen und Wähler, die Partei in den Landtag zu wählen; und von der Fähigkeit der Partei, ihr Wählerpotential zu mobilisieren.

Die SPD hat ihr Wahlziel verfehlt. Sie übersprang nur knapp die 30%-Marke. Eine innerparteiliche Stabilisierung der Landespartei ist nicht in Sicht.

Niedersachsen ist das erste Land, in dessen Parlament eine schwarz-gelbe Regierung einer „rot-rot-grünen Opposition“ gegenüber steht.

Tabelle: Landtagswahlen in Niedersachsen 1998–2008 (Zweitstimmen)

	27. Januar 2008		02. Februar 2003	
Wahlberechtigte	6.088.430		6.023.636	
WählerInnen	3.472.945		4.036.017	
Gültige Stimmen	3.422.552		3.984.009	
Wahlbeteiligung	57,0 %		67,0 %	
Absolute Zahlen	Stimmen	Diff. zu 2003	Stimmen	
CDU	1.455.687	-469.368	1.925.055	
SPD	1.035.894	-294.262	1.441.971	
FDP	279.557	-43.550	323.107	
Grüne	273.934	-30.598	304.532	
Die Linke.	243.106	221.546	21.560	
Rechte*	52.817	-4.568	57.385	
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 2003	%-Stimmen	Diff. zu 1998
CDU	42,5	-5,8	48,3	12,4
SPD	30,3	-3,1	33,4	-14,5
FDP	8,2	0,1	8,1	3,2
Grüne	8,0	0,4	7,6	0,6
Die Linke.	7,1	6,6	0,5	0,5
Rechte*	1,5	0,1	1,4	-2,4
Mandatsverteilung	Mandate	Diff. zu 2003	Mandate	
Insgesamt	152	-31	183	
CDU	68	-23	91	
SPD	48	-15	63	
FDP	13	-2	15	
Grüne	12	-2	14	
Die Linke.	11	11	---	
Rechte*	---	---	---	

* Rechte 2003: Republikaner, Partei Rechtsstaatlicher Offensive / 2008: NPD

Die NPD setzte in ihren Wahlkampf darauf, in ihrem Gründungsland endlich wieder den Sprung in den Landtag zu schaffen. Sie erreichte letztlich 1,5% der Stimmen, das sind 0,1% mehr als Republikaner und Schill-Partei 2003 zusammen erreichten, aber 4.500 Stimmen weniger als vor fünf Jahren.

Bewertung der Wahlergebnisse

a) Auswirkungen auf den Bundesrat

Die Große Koalition auf Bundesebene verfügt seit dem Herbst 2006 über eine verfassungsändernde Mehrheit in beiden Kammern, also sowohl dem Deutschen Bundestag als auch dem Bundesrat.

Sollte in Hessen keine Große Koalition gebildet werden können, würde diese schwarz-rote verfassungsändernde Mehrheit im Bundesrat verloren gehen. Die Große Koalition würde mit den fünf schwarz-roten Koalitionen und den dann nur noch fünf statt sechs Alleinregierungen über 38 Stimmen verfügen. Damit hätte die Große Koalition weiterhin die notwendigen 50%+x der insgesamt 69 Bundesratsstimmen, also die Mehrheit im Bundesrat. Alle einfachgesetzlichen Regelungen können weiterhin ohne Beteiligung der Oppositionsparteien durchgesetzt werden.

Die Koalition in Berlin hat ihre verfassungsändernde Mehrheit jedoch nicht wirklich genutzt. Die Föderalismusreform zeigt, dass der Bundesrat weniger Ort der parteipolitischen Lagerbildung, sondern vielmehr zur Arena der Länderinteressen geworden ist. Er findet damit einerseits zu seiner eigentlichen Funktion zurück. Andererseits erschwert dies der Bundesregierung – angesichts selbstbewusster Ministerpräsidenten – das Leben.

Würde Ende Februar die Regierung Ole von Beust zugunsten einer rot-grünen Landesregierung abgewählt, würde der Anteil der schwarz-roten Bündnisse bzw. Alleinregierungen auf 35 Stimmen abschmelzen, also die denkbar knappste Mehrheit im Bundesrat.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung vor den Wahlen vom 27. Januar 2008

Land	Stimmen	Große Koalition	Union-Alleinreg.	Schwarz-Gelb	SPD-Alleinreg.	Rot-Rot	Rot-Grün
Bad-Würt.	6			6			
Bayern	6		6				
Berlin	4					4	
Brandenburg	4	4					
Bremen	3						3
Hamburg	3		3				
Hessen	5		5				
Meck-Vorp.	3	3					
Niedersachsen	6			6			
Nordrhein-Wf.	6			6			
Rheinland-Pf.	4				4		
Saarland	3		3				
Sachsen	4	4					
Sachsen-Anh.	4	4					
Schleswig-Hol.	4	4					
Thüringen	4		4				
Gesamt	69	19	21	18	4	4	3

b) Zu erwartende Auswirkungen auf die Bundesparteien

Wahlsiegerin des 27. Januar 2008 ist DIE LINKE. Der Einzug in die Landesparlamente zweier westdeutscher Flächenländer beendet die Phase bundespolitischer Ungewissheit, wohin der Weg der LINKEN führen wird.

Die Wähler/-innen der LINKEN sind durch eine rhetorische Linkswendung der SPD und die Wiederentdeckung sozialdemokratischer Traditionen nicht zurückzugewinnen. Vielmehr gewinnt die LINKE in Niedersachsen bei den absoluten Stimmen gegenüber der Bundestagswahl sogar noch hinzu. Die sozialdemokratische Strategie, die abtrünnigen ehemaligen sozialdemokratischen Wähler/-innen zurückzugewinnen zu wollen und so die LINKE aus dem nächsten Bundestag heraushalten zu können, hat dramatisch an Erfolgsaussichten eingebüßt.

Die Transformation des bundesdeutschen Parteiensystems zu einem Fünfparteiensystem erscheint nach diesen Landtagswahlen abgeschlossen. Alle Parteien werden sich darauf einrichten müssen, dass ebenso wie jetzt erstmals in einem westdeutschen Landesparlament auch im nächsten Bundestag keine der traditionellen kleinen Koalitionen eine Mehrheit bekommt.

DIE LINKE befindet sich damit in der Rolle, schwarz-gelbe oder rot-grüne Mehrheiten zu verhindern und auf diesem Weg die Koordinaten des politischen Systems und seiner Farbenlehre in Bewegung zu versetzen. Wer zukünftig regieren will, wird sich flexibel zeigen müssen. Es kann erwartet werden, dass in den nächsten Monaten erhebliche Bewegung in die strategischen Koalitionsoptionen geraten wird.

Für CDU und FDP bringt der Wahlabend schlechte Nachrichten für die Erfolgsaussichten einer Strategie der bürgerlichen Mehrheit. Im Testland Hessen hat der Einzug der LINKEN alle Hoffnungen zunichte gemacht. In der CDU wird der Wahlverlierer Koch erheblich an Gewicht verlieren. Seine Strategie, aus der Regierungsposition heraus die Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt auf der Straße, Kommunisten und Ausländern konfrontativ-populistisch zu mobilisieren, ist kläglich gescheitert. Es wäre ohnehin Merkels Stil und Methode nicht gewesen.

Was an erfolgversprechender CDU-Strategie bleibt, ist die modernisierende Öffnung zu urbanen Mittelschichten (von der Leyens Familienpolitik). Um hier erfolgreich zu sein, ohne wertkonservative und rechtsorientierte Wählermilieus zu verschrecken, bedarf es des Merkel'schen Politikstils des Vagen und des Moderierens, wie ihn Wulff in Niedersachsen vorgeführt hat.

Insoweit ist Merkel sicherlich eine Gewinnerin der Winterwahlen, geht sie doch innerhalb der CDU gestärkt aus ihnen hervor. Als Parteichefin hat sie solidarisch an der Seite von Koch gestanden, ohne seine Positionen in Wortwahl, Tonlage und Botschaft allzu deutlich zu teilen. Hätte sie das nicht getan, wäre sie – wie dereinst Schröder gegen Gabriel in Niedersachsen – Koch in die Parade gefahren, dann trüge sie Mitverantwortung für die Koch'sche Niederlage und wäre geschwächt.

Mit Wulff erwächst ihr kein innerparteilicher Konkurrent, denn er ist wegen zu großer Ähnlichkeit keine Alternative, außerdem ist ein Verlust von knapp sechs Prozent kein Nachweis besonders erfolgreicher Regierungskunst.

Die SPD geht aus den Wahlen gestärkt hervor. Trotz Jüttner setzt sie ihrem Niedergang ein deutliches Stoppzeichen, in Hessen kann sie zulegen. Es spricht einiges für die These, dass Roland Kochs Wahlkampagne erst die SPD wirklich stark gemacht hat. Stark im Sinne von wahlkampf- und mobilisierungsfähig.

Koch war ein Gegner, gegen den eine an sich eher orientierungslose, richtungslose SPD zusammengeführt werden konnte. Und, nach dem Hamburger Parteitag, wurde die noch von Kanzler Schröder als Agenda-Kritikerin „geadelte“ Frau „XY“ zu einer glaubwürdigen Politikerin der sozialdemokratischen Besinnung auf ihre Tradition.

Neben der Mindestlohn-Unterschriftensammlung, die in Hessen anders als in Niedersachsen aktiv von der Mitgliedschaft angenommen wurde, konnte die SPD in der Schulpolitik die Stimmung in der Bevölkerung gegen die CDU-Bildungspolitik für sich nutzen.

In Niedersachsen wiederum leidet die Partei immer noch darunter, 2002 und 2005 Gerhard Schröder ein ausgezeichnetes Wahlergebnis verschafft zu haben, „weil er einer von uns, Niedersachse, ist“.

Unter dem Strich bleibt: Kurt Beck hat die SPD innerparteilich offenbar stabilisiert, wofür auch die einhellige Reaktion auf Clement spricht. Aber er hat sein eigentliches Ziel, durch einen „Linksruck“ den Durchbruch der LINKEN zu verhindern, nicht erreicht. Er ist gescheitert, bevor er richtig gestartet ist.

Will die SPD wieder den Kanzler stellen, muss sie sich koalitionsstrategisch neu aufstellen. Hessen ist hierfür Becks Übungsgelände: Kann die FDP für eine Ampel gewonnen werden? Hierauf werden sich die Bemühungen der SPD in der nächsten Zeit konzentrieren. Kann sie die SPD als die Partei in Szene setzen, die mit allen drei anderen Parteien Koalitionen bilden kann – und bei Bedarf auch mit der vierten, der LINKEN, was ihr ja sowieso schon immer nachgesagt wird?

Die so umworbene FDP steht vor der Entscheidung, in Hessen neue Wege auszuprobieren, oder aber durch ein stures Festhalten an der Option einer bürgerlichen Mehrheit die SPD kalt zu stellen bzw. zur Öffnung zur LINKEN zu treiben, um so die Mobilisierung gegen ein „Linksbündnis“ für den nächsten Bundestagswahlkampf nutzen und doch noch einen schwarzgelben Sieg erreichen zu können.

Auch am Wahlabend erscheint die FDP als Partei des koalitionspolitischen Status quo, als die die traditionellen Lager stabilisierende Kraft. Wie lange diese Position durchzuhalten bleibt, ist eine offene Frage; ein Positionswechsel wäre vermutlich mit einer Schwächung der Position Westerwelles verbunden.

Die Grünen hätten am vergangenen Sonntag fast die rotgrüne Option in Hessen zurück gewonnen. Auf Bundesebene existiert sie nicht. Ob die Grünen dort eine Regierungsoption haben, hängt aber entscheidend von der FDP ab. Sie ist die Partei, die in einer Dreierkoalition jenseits von rot-rot-grün dabei sein, sich bewegen müsste. Von innen und außen wird sich der Druck erhöhen, auch mal ein schwarz-grünes Bündnis auszuprobieren.

DIE LINKE kann von dem Wahlergebnis außerordentlich profitieren. Innerparteilich kann das Wahlergebnis als Zeugnis gelten, dass sich das mühsame, von vielen Kompromissen geprägte Zusammengehen gelohnt hat.

Endlich, so sieht es von Osten aus, ist der Durchbruch im Westen geschafft. Endlich, so sieht es im Westen aus, ist der Mut, sich von einer fremd gewordenen SPD zu trennen, nicht mit politischer Bedeutungslosigkeit bestraft worden wie vordem zweimal, sondern mündet in politischem Zuwachs.

Eine neue Stufe könnten auch die Debatten zwischen vermeintlich parlamentarisiertem Ost-Teil und außerparlamentarischem Westen erlangen, wenn nun auch im Westen vermehrt und systematisch Erfahrungen mit parlamentarischer Arbeit gesammelt werden, zumal in kurzer Zeit die Frage nach den landespolitischen Wirkungen und Erfolgen in Bremen, Niedersachsen und Hessen stärker werden, der Anteil an Profilierung und Aufmerksamkeit über bundespolitische Themen zurück gehen wird. All dies kann durchaus eine neue Dynamik in das Zusammenwachsen der Partei bringen.

Hinzu kommt, dass mitten im ehemaligen westlichen antikommunistischen Frontland BRD nun eine neue Linke wächst, während die Linke fast überall sonst in Europa schrumpft oder gar zerfällt. Deutlich geworden ist auch, dass es eine wahlpolitische Nachfrage nach einer Partei wie der LINKEN gibt, und zwar, so könnte man in Analogie formulieren, übersteigt die Nachfrage das Angebot.

Die Wahl in Hessen enthält aber auch ein deutliches Warnsignal bereit. Wo der SPD eine Mobilisierung mit sozialen Themen gelingt und sie nicht nur beschworen werden, wie in Niedersachsen, wird die LINKE in ihrem Aufstieg auch gestoppt oder zurückgehalten werden können. Es ist der LINKEN in Hessen, im Unterschied zur Niedersachsenwahl nicht gelun-

gen, die gleiche Zahl an Wählerinnen und Wähler wie bei der Bundestagswahl 2005 zu erreichen, das mögliche Wähler/-innenspektrum also auszuschöpfen. Damit wird auch manch überschäumende innerparteiliche Hoffnung auf ihre realistischen Grundlagen zu prüfen sein. Die LINKE. wird stärker und souveräner auf ihre Eigenständigkeit setzen müssen. Denn nur dann bleibt die Strategie Erfolg versprechend, sich jenseits aller politischen Lager zu positionieren, nicht als apriorischer Teil eines vermeintlich rot-rot-grünen Lagers daher zu kommen, sondern als die Partei, der es zu verdanken ist, dass die bekannten Machtspiele der politischen Klasse so nicht mehr funktionieren.

Die Auseinandersetzungen der anderen Parteien mit der LINKEN werden inhaltlicher werden. Mehr und mehr werden die politischen Angebote auf den Prüfstand gestellt werden.

Insgesamt bestätigen die Wahlergebnisse die Vermutung, dass im nächsten Bundestagswahlkampf nicht mehr vier Parteien gegen die LINKE darum konkurrieren, wer die härtesten Reformen dem Land zumutet, sondern es werden eher vier Parteien gegen die FDP darum konkurrieren, wer die sozialsten Konzepte, das sozial gerechte „sozialdemokratische“ Angebot hat.

Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes

a) Die Aufstellung der Parteien und ihre Wahlstrategien

Die Ausgangslage der Winterwahlen in beiden Ländern war im Herbst 2007 eindeutig: Die CDU-Ministerpräsidenten verfügten über solide Mehrheiten.

Roland Koch regierte in Hessen seit der letzten Landtagswahl und in seiner zweiten Amtsperiode mit absoluter Mehrheit. Christan Wulff hatte 2003 Sigmar Gabriel eine grandiose Niederlage bereitet, aber knapp die absolute Mehrheit verfehlt.

Die FDP setzte in beiden Ländern auf schwarz-gelbe Koalitionen.

Die SPD befand sich, ohne besonderes landespolitisches Profil entwickelt zu haben, im bundespolitischen Negativtrend und in einem schlechten, teilweise einer politischen Agonie ähnelndem inneren Zustand. Die Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner und Andrea Yspilanti waren als vorsichtige Kritiker des Schröder-Kurses bekannt, aber unter anderem deshalb innerparteilich umstritten. Als Landespolitiker waren sie nur wenig profiliert und weitgehend unbekannt.

Die Grünen verfügten ob der Schwäche der SPD über keinerlei realistisch erscheinende Machtoptionen. Nicht zuletzt aufgrund der Stärke des „bürgerlichen Lagers“ blieben sie von jedem ernsthaften Ansatz, über eine schwarz-grüne Option zu diskutieren, verschont.

DIE LINKE. schließlich setzte vor allem auf einen Einzug in das hessische Landesparlament, dem niedersächsischen Landesverband wurden „Außenseiterchancen“ eingeräumt.

Für DIE LINKE. ging es um zweierlei: den Einzug in die beiden Landtage überhaupt und die bundespolitische Bedeutung eines solchen wahlpolitischen Durchbruchs in einem westdeutschen Flächenland. Dementsprechend standen die bundespolitischen Themen der Partei im Mittelpunkt. Darüber hinaus spielten Studiengebühren und Schulpolitik eine größere Rolle. Der Einzug in die westdeutschen Flächenländer hätte aber, so die Auffassung der LINKEN durch die damit mögliche Verhinderung einer schwarz-gelben, rot-grünen oder rotgelben Mehrheit eine enorme bundespolitische Bedeutung. DIE LINKE. wollte zeigen, dass erst dann, wenn „kleine Zweierkoalitionen“ in der herkömmlichen politischen Farbenlehre nicht mehr möglich sind, sich die Koordinaten des politischen Systems dauerhaft verschieben, Akzeptanzgewinne entstehen und neue politische Konstellationen möglich scheinen. Nur so wäre es möglich, dem Wahlkampfangewinn den Boden zu entziehen, dass die Wahl einer (kleinen) Partei die politische Mehrheit eines Lagers verhindere.

Für die SPD ging es zunächst vor allem um ein „achtbares Ergebnis“. Von beiden Wahlergebnissen sollte das Signal ausgehen, dass Niedergang und Erosion der ältesten Partei Deutschlands gestoppt seien. Dass es nun wieder aufwärts gehe. In beiden Landesverbän-

den wurden Themen der sozialen Gerechtigkeit und eine Distanzierung auf leisen Sohlen von der Agenda2010-Politik in den Mittelpunkt der Wahlkampfthemen gerückt. Der Hamburger SPD-Parteitag brachte dieser strategischen Orientierung ordentlichen Rückenwind. Seitdem war von einem Linksruck der SPD die Rede. Für den erstarkten Parteivorsitzenden Kurt Beck ging es nun, zusätzlich zu einem positiven Wahlergebnis, um den Test der innerparteilichen Mobilisierungsfähigkeit und um die Verhinderung des Parlamentseinzuges der LINKEN und damit ihres bundespolitischen Durchbruches in der westdeutschen Fläche. Denjenigen, die die SPD verlassen hatten, ob als Mitglieder oder Wähler/-innen, sollte signalisiert werden, dass DIE LINKEN im Westen früher oder später wie alle bisherigen Abspaltungen von der Sozialdemokratie in der Bedeutungslosigkeit versinken würden. Vor diesem Hintergrund rückte Hessen ins Zentrum bundespolitischer Aufmerksamkeit der SPD: hier war der Einzug der LINKEN viel wahrscheinlicher als in Niedersachsen und hier konnte die SPD, auch anders als in Niedersachsen, auf die üblichen Verschleißerscheinungen einer Regierungspartei in der zweiten Amtsperiode rechnen. Mit der Bildungs- und Schulpolitik und der Energiepolitik verfügte die SPD zudem über zwei landespolitische Themen, an denen die CDU angreifbar war.

Für die CDU standen zunächst auch innerparteiliche Fragen im Mittelpunkt – zu klar schien die Ausgangslage: Wer schlüpft in die Rolle des Kronprinzen und folgt Merkel nach? Welche Strategie erweist sich mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen als Erfolg versprechender – eine konfrontative oder eher eine konsensorientierte? Gibt es genügend Aussichten, an der Strategie einer „bürgerlichen“, schwarz-gelben Mehrheit festzuhalten? Der Wahlkampfstil von Christian Wulff ähnelte, aus der Position des souveränen, freundlichen Landesvaters, bis zuletzt einem Angela-Merkel-Ähnlichkeitswettbewerb. Roland Kochs Wahlkampf baute von vorn herein auf den konfrontativen, populistisch-provokativen Stil vor allem seines 99er Wahlerfolgs; hinsichtlich Stil und Themen bildete er eine Alternative zur Merkel-Linie. Koch vollzog damit in der Wahrnehmung vieler einen erneuten Rollenwechsel. Wurde er lange Zeit als der originäre Gegenspieler Merkels wahrgenommen, wurde ihm in den vergangenen Monaten ein Wandel vom Saulus zum Paulus bescheinigt. Er galt als zuverlässiger Partner Merkels und ihres politischen Kurses einer vorsichtigen Abkehr vom neoliberalen Programm des Leipziger CDU-Parteitags. Im Verlauf des Wahlkampfes fiel Koch in seine alte Rolle des Populisten zurück. Eine Rückkehr Kochs zum Merkel-Modell wurde nach Auffassung der Medien durch seine Positionierung im Wahlkampf für nicht mehr möglich gehalten, so dass das Ergebnis des hessischen Wahlkampfes auch über die Zukunft des Politikmodells von Koch generell entschied. Und schließlich ging es der CDU in beiden Ländern darum, die LINKE aus dem Landtag herauszuhalten, weil damit einer bürgerlichen, schwarz-gelben Mehrheit bundespolitisch Rückenwind als realistische Strategie verschafft werden würde. Unter diesen Aspekten war für die CDU die Wahl in Hessen in mehrfacher Hinsicht von größter Bedeutung.

Im Verlauf des Wahlkampfes veränderte sich an den strategischen Linien in Niedersachsen wenig. Das Interesse, auch das bundespolitische blieb gering, weder Wulff noch Jüttner versuchten, Wähler über bundespolitische Themen zu mobilisieren oder so ihr Profil zu schärfen. Vermutlich in Kombination eines scheinbar feststehenden Wahlausgangs und eines medial eher langweiligen Wahlkampfverlaufes steigerte sich DIE LINKE in den Umfragen auf 5 % und erhielt plötzlich eine realistische Chance auf den Einzug in beide Landtage zugesprochen. Wenige Tage vor der Wahl schien dies die einzig spannende Frage in Niedersachsen zu sein: Schafft es die LINKE oder bleibt sie draußen?

Der Verlauf des Wahlkampfes in Hessen zeigte bald eine Reihe von Ungewissheiten. Andrea Ypsilanti nahm den bundespolitisch eingeworfenen Mindestlohn-Ball elegant auf und startete eine eigene Unterschriftenkampagne für einen Mindestlohn in Hessen. Sie schickte damit die sozialdemokratischen Wahlkämpfer offensiv in das Feld der LINKEN. Sie konnten an den Info-Ständen aktiv für ein Anliegen der sozialen Gerechtigkeit werben wie seit 2000/2003 nicht mehr. Ypsilantis Wahlkampf versuchte den eigenen Mitgliedern nicht nur das schlechte

Agenda- Gewissen gegenüber Gewerkschaftern und LINKEN zu nehmen, sie schickte sie auch in die aktive Auseinandersetzung auf der Straße. Damit hat sie es geschafft, die Partei in einem überraschend hohen Grad hinter sich zu versammeln. Mit der Schulpolitik und Energiepolitik (Hermann Scheer) verfügte sie über zwei weitere Themen mit denen sie hoffen konnte, sowohl Wähler/-innen aus der „modernen Mitte“, aus den Kreisen der „Globalisierungsgewinner“ als auch aus den traditionellen Milieus, aus den Kreisen der „Globalisierungsverlierer“ anzusprechen. Ihr zu Roland Koch in Stil und Methode alternatives politisches Auftreten stellte sich angesichts der traditionell geringen persönlichen Popularitätswerte Kochs als größtes Wahlkampfpfund heraus. Das größte Problem von Roland Koch hingegen war zunächst das Mobilisierungsproblem. Hinzukam, dass die SPD früh über ein Thema verfügte, welches als Gesprächsthema auf den Straßen geeignet war. Und schließlich blieb DIE LINKE. in den Umfragen konstant im Landtag und verhinderte dadurch eine schwarze oder schwarzgelbe Mehrheit. Koch setzte auf die letzten drei Wochen, und er setzte auf die populistische Mobilisierung von Ängsten und Unsicherheitsgefühlen: Jugendgewalt von „Ausländern“.

Die Union unterschätzte dabei aber offensichtlich, dass die Wählerinnen und Wähler nach neun Jahren Regierungstätigkeit von Koch durchaus empfänglich waren für die Frage, wie es denn im Koch-Land selbst bestellt ist. Die Konkurrenten konnten nicht nur auf Versäumnisse und Mittelstreichungen Kochs verweisen, sondern ebenso auf die in hohem Maße, zunächst nur aus anderen Gründen („G8“) in der Kritik stehende Schulpolitik. Die Kampagne gegen Jugendgewalt erwies sich als klassischer Rohrkrepierer – Koch handelte sich das Bild von einem „fallenden Ministerpräsidenten“ ein, was zunächst zu einem Stimmungsaufschwung für Ypsilanti, die SPD und Rot-grün führte. Dagegen setzte Koch die Rolle des Landesvaters, der Hessen vor dem Untergang durch ein „Linksbündnis“, durch „Kommunisten“ rettet. In der letzten Woche sprach Koch dann noch die Börsentalfahrt an, um drohende wirtschaftliche Unsicherheit, wirtschaftliche Unsicherheitsgefühle gegen die Risiken eines politischen Wechsels, zu einer Neuen und zu einer Frau, in Stellung zu bringen. Auch hier unterschätzte Koch aber die im Vergleich zu 2003 deutlich gesunkenen Kompetenzwerte der Union in der Wirtschaftspolitik.

Unerwartete Schützenhilfe gegen Frau Ypsilanti erhielt Koch aus der SPD. Der frühere NRW-Ministerpräsident und spätere Bundeswirtschaftsminister Clement, der heute für den Energiekonzern RWE tätig ist, warnte während der letzten Wahlkampfwoche immer wieder vor der Wahl der eigenen Partei, vorgeblich wegen der energiepolitischen Positionen, im weiteren aber, weil die hessische SPD vom Agenda-Kurs abgerückt sei. Dass Clement in der Partei keinen Rückhalt erhielt, verwies zwar auf die gewonnene Zuwendung der SPD für Frau Ypsilanti, dürfte die Verunsicherung wechselwilliger Wähler/-innen aber dennoch erhöht haben.

Im Vergleich dazu, gelang es dem SPD-Herausforderer Jüttner zu keinem Zeitpunkt eine vergleichsweise bundespolitische Aufmerksamkeit bzw. Wechselstimmung zu erzeugen.

b) Erkenntnisse aus den Vorwahlumfragen

Die politische Stimmung in Hessen vor der Wahl

Vergleicht man die von Infratest-dimap erhobenen Daten vom September 2007 mit den Umfragen vom Januar 2008 so ist ein dramatischer Zustimmungsverlust für die Union und ein rasanter Stimmungswechsel zugunsten der SPD zu verzeichnen.

Tabelle: Zustimmung zu CDU bzw. SPD im Umfragenvergleich (Angaben in %)

	September 2007		Januar 2008		17. Januar 2008	
	CDU	SPD	CDU	SPD	CDU	SPD
Für welche Partei würden Sie sich entscheiden, wenn am Sonntag Landtagswahl wäre?	42	32	40	35	38	37
Sollte die nächste Landesregierung CDU- oder SPD-geführt sein?	46	39	48	49	38	51
Für wen würden Sie sich bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten entscheiden: Koch (CDU) oder Ypsilanti (SPD)	48	32	44	44	38	48

(Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>)

Die politische Stimmung in Niedersachsen vor der Wahl

Während in Hessen eine ausgeprägte Wechselstimmung zu verzeichnen war, sprachen sich die Niedersachsen mehrheitlich für Kontinuität aus. Gespeist aus einer hohen Zufriedenheit mit der Landesregierung und dem CDU-Ministerpräsidenten bei gleichzeitig moderaten Erwartungen an eine SPD-geführte Landesregierung plädierten drei Wochen vor der Wahl nach Angaben von Infratest-dimap gerade einmal knapp vier von zehn (39 %) Bürger/-innen für eine Regierung unter SPD-Führung. Gut jeder zweite Niedersachse (52 %) hingegen sprach sich für ein CDU-geführtes Landeskabinettt.²

Zeitpunkt der Wahlentscheidung und Wähler/-innenmobilisierung

Auch bei diesen Landtagswahlen waren die letzten Tage für die Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern von großer Bedeutung. Gut eine Woche vor der Wahl gaben nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen 43 % der Befragten in Hessen und 41 % in Niedersachsen an, dass sie noch nicht wissen, ob und wen sie wählen werden. Umgekehrt hielten 57 % in Hessen und 59 % in Niedersachsen ihre Wahlentscheidung für sicher.³

Tabelle: Sicherheit in der Wahlentscheidung nach Parteien (Angaben in %)

	Hessen		Niedersachsen	
	Die Wahlentscheidung steht... ...fest	... noch nicht fest	Die Wahlentscheidung steht... ...fest	... noch nicht fest
Gesamt	75	25	83	17
CDU	82	17	85	14
SPD	72	28	84	16
FDP	61	39	67	33
Grüne	70	30	76	24
Linke	80	18	85	15

(Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>; Umfragezeitpunkt: Hessen: Anfang Januar, Niedersachsen: Mitte Januar)

Wie aus der vorstehenden Tabelle abzulesen ist, ist es der LINKEN im Vergleich zu den anderen Parteien gut gelungen, ihre Wähler/-innen zu mobilisieren. Sowohl in Niedersachsen als auch in Hessen waren sich die Wähler/-innen der LINKEN in ihrer Wahlentscheidung überdurchschnittlich sicher. Auch der Union gelang es, ihre Wähler/-innen zu mobilisieren, während die FDP und die Grünen jeweils unterdurchschnittliche Mobilisierungsraten aufwiesen.

² <http://www.infratest-dimap.de/?id=198#8>

³ http://www.forschungsgruppe.de/_/PB_Extra/

Die Kompetenzen der Parteien

Die Zuschreibung von Lösungskompetenz an die Parteien ist einer der zentralen Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung der Bürger/-innen.

Die Parteien haben unterschiedliche Kompetenzschwerpunkte. So wird den Grünen z.B. traditionell eine große Kompetenz in der Umweltpolitik zugeschrieben, die sich in entsprechend hohen Kompetenzwerten ausdrückt.

Tabelle: Welcher Partei trauen Sie zu, diese Aufgaben zu lösen? (Angaben in %)

Kompetenzfeld	Land	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Keiner Partei / Weiß nicht
Die Wirtschaft voranbringen	HES	51	24	7	1	1	15
	NDS	52	21	8	1	1	16
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	HES	52	26	2	2	1	15
	NDS	48	24	3	2	2	19
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	HES	31	41	5	4	1	16
	NDS	35	35	6	5	1	17
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	HES	23	47	6	4	4	15
	NDS	25	44	5	4	5	16
Die Zukunftsprobleme lösen	HES	30	29	5	5	2	26
	NDS	38	27	4	4	2	23

(Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>)

Nach Angaben von Infratest-dimap knapp drei Wochen vor den Landtagswahlen, wurden der Union in beiden Ländern die größten Kompetenzen sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch bei der Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen zugeschrieben. In beiden Feldern lag die Union jeweils zwischen 24 % und 29 % vor der SPD.

Die SPD hingegen genoss genauso viel bis mehr Vertrauen als die Union bei der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und in der Bildungspolitik. Die Unterschiede zwischen den Volksparteien waren freilich deutlich geringer und lagen höchstens zwischen 19 % und 24 %.

In der Zukunftsfrage lag die Union in beiden Ländern – wenn auch zum Teil recht knapp – vor der SPD, die in Hessen nur 1 % und in Niedersachsen 11 % hinter der CDU lag. In beiden Ländern traute jedoch jeder vierte Wahlberechtigte (Hessen: 26 %, Niedersachsen 23 %) keiner Partei zu, die Zukunftsprobleme des Landes zu lösen.

DIE LINKE verzeichnete die höchsten Kompetenzzuschreibungen mit 5 % (Niedersachsen) bzw. 4 % (Hessen) im Themenfeld Soziale Gerechtigkeit.

Für das Land Hessen betrachtete Infratest-dimap zehn Tage vor der Wahl erneut die Kompetenzen der Parteien und verglich diese mit den Kompetenzzuschreibungen im Vorfeld der Landtagswahl 2003.⁴

Die Ergebnisse bildeten bereits im Vorfeld der Wahl den erheblichen Vertrauensverlust für die Union ab, der sich am Wahlsonntag in dem zweistelligen Stimmenverlust für die Christdemokraten unter Roland Koch niederschlug. Der SPD gelang es zwischen Anfang und Mitte Januar 2008 in ihren Kompetenzfeldern zuzulegen und die Union auf die Plätze zu verweisen. Darüber hinaus konnte sie in der entscheidenden Zukunftsfrage um zwei Prozent zulegen und die CDU überholen, die ihrerseits vier Prozent verlieren.

Doch jenseits dieser durch den Wahlkampf geprägten kurzfristigen Veränderung wiegt der langfristige Vertrauensverlust in die Kompetenz der Koch-CDU wesentlich schwerer. Die Christdemokraten müssen in allen Kompetenzfeldern zweistellige Vertrauensverluste hinnehmen. Am höchsten ist der Vertrauensverlust (-27 %) in der Bildungspolitik, dem von der Opposition gesetzten Wahlkampfthema. Doch auch auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit und damit einem der für Roland Koch entscheidenden Wahlkampfthemen verliert die Union

⁴ <http://www.infratest-dimap.de/?id=229&sid=35>

an Zustimmung (-24 %). Möglicherweise hätte die hessische CDU schon früher erkennen müssen, dass das Thema Jugendkriminalität kein zwangsläufiges Gewinnerthema für den Ministerpräsidenten darstellt.

Bedenklich stimmen muss sicherlich, dass trotz einer starken Polarisierung und erkennbaren Unterschieden zwischen den Parteien bzw. den politischen Blöcken die Zahl derjenigen, die keiner Partei in den einzelnen Politikfeldern als auch der generellen Zukunftsfrage Kompetenzen zutrauen erheblich zugenommen hat.

Der Partei DIE LINKE. gelang es in Hessen, im Endspurt des Wahlkampfes ihre Themen zu setzen. In den Themenfeldern Soziale Gerechtigkeit, Bildung und bei der Lösung der Zukunftsprobleme des Landes konnte sie an Kompetenzzuschreibung gewinnen und sich bei der Gerechtigkeitsfrage zwischen Anfang und Mitte Januar von 4% auf 8% bei den von Infratest-dimap ermittelten Daten verdoppeln.

Tabelle: Die Kompetenzzuschreibungen der Parteien in Hessen – Vergleich 2003 und 2008 (Angaben in %)

Kompetenzfeld	Jahr	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Keiner Partei / Weiß nicht
Die Wirtschaft voranbringen	2008	46	23	8	1	1	19
	2003	-18	2	5	+0	1	9
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	2008	39	29	3	2	1	23
	2003	-24	8	1	1	1	12
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	2008	25	39	5	7	2	20
	2003	-27	11	+0	2	2	11
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	2008	17	47	4	4	8	19
	2003	-19	6	+0	-3	8	8
Die Zukunftsprobleme lösen	2008	26	31	6	4	2	28
	2003	-24	5	1	1	2	13

(Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>, Daten vom 17. Januar 2008)

Die Themen des Wahlkampfes

Beide Volksparteien waren mit bundespolitischen Themen in die Landtagswahlkämpfe gegangen. Während die Sozialdemokraten das Thema Mindestlöhne zu setzen versuchten, bemühte sich die hessische CDU aufgrund des tragischen Vorfalles in einer Münchner U-Bahn⁵, das Thema Jugendgewalt zu nutzen, da die SPD auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit traditionell über schlechtere Kompetenzzuschreibungen als die Unionsparteien verfügt. Auch wenn die niedersächsische CDU unter Christian Wulff eine andere Wahlstrategie als ihre südlichen Nachbarin unter Roland Koch verfolgte und statt Polarisierung – letztlich erfolgreich – auf das positive Image und die guten Persönlichkeitswerte Wulffs als „Landesvater“ setzte, spielte auch zwischen Ostfriesland und dem Harz die Jugendgewalt eine Rolle.

Verschärfung des Jugendstrafrechts

Die insbesondere von der Hessen-Union erhobene Forderung nach härteren Strafen fand nach Angaben von Infratest-dimap in Niedersachsen jedoch nur bei jedem vierten Wahlberechtigten (24 %) Anklang, sechs von zehn setzen dagegen auf präventive Schritte (62 %). Selbst die norddeutschen Unions-Anhänger/-innen sprachen sich zehn Tage vor der Niedersachsen-Wahl eher für vorbeugende Maßnahmen aus (52 % zu 32%).

In Hessen fanden Kochs Vorschläge insbesondere im eigenen Lager Gehör: Drei Viertel der CDU-Anhänger/-innen forderten zum Beginn des Jahres eine härtere Gangart gegenüber jugendlichen Straftätern. Auch die Anhänger der früheren Bürgerrechtspartei FDP befürworteten eine Gesetzesverschärfung und selbst bei fast der Hälfte der SPD-Wähler/-innen wur-

⁵ Am 20. Dezember 2007 wird der Pensionär Hubert N., (76) Opfer eines Überfalls in der Münchner U-Bahn.

de eine Gesetzesverschärfung für erforderlich gehalten. Einzig bei den Sympathisanten der Grünen überwog klar die Meinung, die bestehenden Regelungen seien ausreichend. Die Anhänger/-innen der Partei DIE LINKE positionieren sich ähnlich wie diejenigen der SPD.

Zu berücksichtigen ist bei dem Vergleich der beiden Länder in der nachfolgenden Tabelle, dass Infratest-dimap die hessischen Wahlberechtigten, kurz nach Beginn und auf dem Höhepunkt der Debatte über Jugendgewalt danach fragte, ob die bestehenden Gesetze verschärft werden sollten oder ob die bestehenden Gesetze ausreichen. Die niedersächsischen Wahlberechtigten wurden zwei Wochen später befragt, also zu einem Zeitpunkt als die Debatte bereits durch das Eingeständnis von Roland Koch, die eigenen Möglichkeiten in Polizei und Justiz nicht genutzt zu haben, eine andere Wendung genommen hatte. Darüber hinaus lautete die Frage in Niedersachsen, ob die Befragten sich für härtere Strafen oder vorbeugende Maßnahmen aussprechen würden.

Tabelle: Verschärfung des Jugendwahlrechts nach Parteianhänger/-innen (Angaben in %)

	Hessen		Niedersachsen	
	Zur Verhinderung von Gewalttaten... ...Verschärfung des Jugendstrafrechts	... reichen bestehen- de Gesetze aus	Zur Verhinderung von Gewalttaten... ...härtere Strafen	... vorbeugende Maßnahmen
Gesamt	56	40	24	62
CDU	75	21	32	52
SPD	44	54	12	83
FDP	57	43	43	46
Grüne	20	76	8	84
Linke	44	54	16	72

(Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>; Umfragezeitpunkt: Hessen: Anfang Januar, Niedersachsen: Mitte Januar)

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns

Selbst wenn die SPD in Niedersachsen das Thema Mindestlohn für sich nicht wahlentscheidend nutzen konnte, sprach sie, nach Angaben von Infratest-dimap doch die Mehrheit der Wahlberechtigten an:

„Die flächendeckende und branchenübergreifende Einführung eines Mindestlohns wurde in Niedersachsen von 58 % der Wahlberechtigten unterstützt, weitere 27 % plädierten für einen Mindestlohn in weiteren ausgewählten Branchen. Nur eine Minderheit von 12 % sprach sich generell gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aus, darunter vor allem Selbständige und Angehörige freier Berufe.“⁶

Wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist, stellte die Ablehnung eines Mindestlohns aber auch innerhalb der CDU-Wähler/-innen eine Mindermeinung dar. Selbst in der FDP-Wählerschaft konnten sich mehr als zwei Drittel die Einführung von Mindestlöhnen vorstellen, wobei der Einführung in bestimmten Branchen der Vorzug gegeben wurde.

Tabelle: Zustimmung oder Ablehnung zur Einführung eines Mindestlohns unter niedersächsischen Wahlberechtigten (Angaben in %)

	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Grüne
Generell gegen Mindestlohn	12	18	5	25	7
Für einen Mindestlohn in bestimmten Branchen	27	31	20	39	31
Für einen flächendeckenden Mindestlohn	58	46	72	36	72

(Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>)

⁶ <http://www.infratest-dimap.de/?id=198#9>

Auch in Hessen gelang es der SPD mit dem Mindestlohnthema authentisch zu wirken, während die Verschärfung des Jugendstrafrechts mehrheitlich als ein wahltaktisches Thema identifiziert wurde, wie nachfolgender Tabelle entnommen werden kann.

Tabelle: Wie ernsthaft gemeint sind die Forderungen der hessischen Volksparteien nach Einführung eines Mindestlohns (SPD) bzw. Verschärfung des Jugendstrafrechts (CDU) - Angaben in %

	Gesamt		CDU		SPD		FDP		Grüne		Linke	
	Ja	nein	Ja	nein	Ja	nein	Ja	nein	Ja	nein	Ja	nein
Ist die Forderung nach Einführung eines Mindestlohns ein ernsthaftes Anliegen der SPD?	74	20	59	33	90	8	74	26	89	7	77	19
Ist die Forderung nach Verschärfung des Jugendstrafrechts ein ernsthaftes Anliegen der CDU?	49	45	73	23	38	58	49	51	32	65	39	55
Ist die Forderung nach Einführung eines Mindestlohns nur Wahlkampfaktik der SPD?	41	53	50	52	28	68	52	48	19	80	52	47
Ist die Forderung nach Verschärfung des Jugendstrafrechts nur Wahlkampfaktik der CDU?	66	26	41	54	77	17	81	19	85	11	89	8

(Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>)

Wie ernsthaft die SPD nach der Wahl das Thema Mindestlohn weiter verfolgen würde, war nach Auffassung der hessischen Wähler/-innen der LINKEN eher zweifelhaft. Zwar waren sie bereit der SPD zuzugestehen, dass das Mindestlohnthema ein ernsthaftes Anliegen der Sozialdemokraten sei, doch eine Mehrheit war der Auffassung, dass das Thema dennoch vor allem mit Blick auf den Wahlkampf popularisiert wurde.

Die wichtigsten zu lösenden Probleme

Hessen

Die Verkürzung der Gymnasialschulzeit von neun auf acht Jahre beschäftigte die hessischen Wahlberechtigten stark. Laut Infratest-dimap sollte aus Sicht von 40 % die hessische Politik sich vorrangig um dieses Thema kümmern. Damit rückte zum ersten Mal im Vorfeld einer Landtagswahl die Bildungsthematik ganz oben auf der Problemagenda der Bürger/-innen. Demgegenüber wurde die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation nur von 36 % als wichtigstes Problem ausgemacht. Die Innere Sicherheit wurde von weniger als jedem vierten Wahlberechtigten als vordringlich zu lösende Aufgabe betrachtet. Erst dann folgte die Familienpolitik und Kinderbetreuung (16 %).

Entgegen der Polarisierung im Wahlkampf wurde die Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten nur von jedem Zehnten als wichtig eingestuft. Auf den hinteren Rängen folgen der Umweltschutz, die Themen Zuwanderung und Integration sowie die Haushaltslage.

Niedersachsen

Auch in Niedersachsen nahmen die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Einfluss auf die politische Prioritätensetzung. Zwar dominierte weiterhin das Thema Arbeitslosigkeit (43 %), doch vor fünf Jahren bezeichneten noch 67 % dieses Thema als besonders vordringlich. Der Bildungspolitik wird ebenfalls ein hoher Stellenwert eingeräumt. Wie vor fünf Jahren sehen knapp vier von zehn Niedersachsen (38 %) dies als vordringliches Thema in der Landespolitik an. Im Heimatland der Bundesfamilienministerin wird die Familienpolitik (18 %) als wichtig eingeschätzt – vor fünf Jahren wurde dieses Thema noch als absolut nachrangig angesehen. Auch in Niedersachsen nennt knapp jeder Zehnte den Abbau sozialer Ungerechtigkeit (9 %) als wichtiges landespolitisches Thema. Andere Felder wie der Umweltschutz oder die Integration nahmen vor der Wahl nur eine untergeordnete Rolle ein.

Tabelle: Die wichtigsten politischen Themen in Hessen bzw. Niedersachsen, die vordringlich gelöst werden müssen (Angaben in %)

	Hessen	Niedersachsen
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt	36	43
Bildung / Schule / Ausbildung	40	38
Kriminalität / Gewalt / Drogen	22	19
Familienpolitik / Kinderbetreuung	16	18
Wirtschaftliche Situation	11	11
Soziale Ungerechtigkeit / Probleme	11	9
Haushaltslage / Verschuldung des Landes	5	7

(Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>)

Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Wahlergebnisse im Einzelnen – nach Parteien und Regionen

Die folgende Betrachtung der Wahlergebnisse bezieht die Ergebnisse der vergangenen vier Wahlen (Landtag 2008, Bundestag 2005, Landtag 2003 und Bundestag 2002) in den beiden Ländern mit ein. Denn für die Partei DIE LINKE macht ein Vergleich mit den Landtagswahlen 2003 wenig Sinn, andererseits zeigt erst der Rückblick auf die Zahlen von 2002 und 2003, welches Ausmaß die Verschiebung des parteipolitischen Koordinatensystems angenommen hat.

Hessen⁷

In Hessen stieg die Wahlbeteiligung gegenüber den Landtagswahlen 2003 um 13.300 WählerInnen. Absolute Stimmengewinne erzielten SPD, FDP und - naturgemäß – die Linke. Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2005 blieben 625.000 WählerInnen zu Hause. Die Verteilung dieses Rückgangs um 18%, also etwa jede sechste Stimme, unterscheidet sich fundamental von derjenigen in Niedersachsen. Etwa jeder neunte CDU-Wähler von 2005, jeder sechste SPD-Wähler, mehr als jeder fünfte Wähler der LINKEN, jeder dritte Wähler der FDP und nahezu 40% der Grünen-Wähler von 2005 gingen 2008 nicht zur Wahl.

Die LINKE verlor gegenüber 2005 knapp 37.600 Stimmen. Die Stimmenzahl der Bundestagswahl hätte zu 6,5% bei den Landtagswahlen gereicht.

Die Vergleichszahlen deuten daraufhin, dass die Landtagswahl 2003 sowohl für die CDU als auch für die SPD Ausnahmeergebnisse brachte. Seit Mitte der siebziger Jahre liegen die Wahlergebnisse von SPD und CDU sowohl bei Bundestags- als auch bei Landtagswahlen kaum weiter als 3 Prozentpunkte auseinander – Ausnahme: 1998 mit 7%punkte Vorsprung der SPD gegenüber einem schlechten CDU-Ergebnis. Das hessische Wahlergebnis könnte daher auch als eine Stabilisierung traditioneller Kräfteverhältnisse interpretiert werden, einer Stabilisierung, bei der sich die LINKE knapp behauptet hat.

Kassel, Marburg, Gießen, Frankfurt, Offenbach und Darmstadt bilden die Hochburgen der LINKEN, in sieben eher ländlichen Wahlkreise erreichte sie weniger als 4 Prozent, in 22 Wahlkreisen zwischen 4 und 5 Prozent, insgesamt also in mehr als der Hälfte der 55 Wahlkreise weniger als die 5%-Hürde. Der politische Durchbruch in Hessen trägt einige prekäre Züge.

⁷ Für Hessen standen keine Ergebnisse der Bundestagswahl, umgerechnet auf die Wahlkreise der Landtagswahl 2008, zur Verfügung. Daher konnte die regionale Darstellung der Wahlergebnisse in der Wahlnacht nicht so differenziert erfolgen wie für Niedersachsen.

Zu den Wahlverlierern in Hessen zählen die Grünen. Sie verloren ein Viertel (knapp 70.000) ihrer Wähler von 2003 und 40% von 2005. Bei der Bundestagswahl erreichten SPD und Grüne zusammen einen Vorsprung von rund 10.000 Stimmen vor CDU und FDP. Bei der Landtagswahl 2008 hatten CDU und FDP rund 55.000 Zweitstimmen mehr als Grüne und SPD. Ursache hierfür war dieses Mal nicht die Schwäche der SPD, sondern diejenige der Grünen. Nur unter Einrechnung der LINKEN gibt es eine Mehrheit gegen das sogenannte bürgerliche Lager. Die LINKE erreichte 2005: 178.000 und 2008: 140.500 Zweitstimmen.

Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl in Hessen									
	Wahlberechtigte	Wähler	Zweitstimmen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonst.
Absolute Stimmen									
L2008	4.370.403	2.810.972	2.742.709	1.009.749	1.006.154	258.554	206.606	140.488	121.158
B2005	4.366.988	3.436.820	3.359.916	1.132.292	1.196.130	393.110	339.352	178.076	120.956
L2003	4.330.792	2.797.692	2.734.992	1.334.676	795.883	216.064	276.234		112.135
B2002	4.344.854	3.480.228	3.414.323	1.266.714	1.355.486	279.974	365.333	44.386	102.430
Prozentuale Anteile an Zweitstimmen									
L2008		64,3%	62,8%	36,8%	36,7%	9,4%	7,5%	5,1%	4,4%
B2005		78,7%	76,9%	33,7%	35,6%	11,7%	10,1%	5,3%	3,6%
L2003		64,6%	63,2%	48,8%	29,1%	7,9%	10,1%		4,1%
B2002		80,1%	78,6%	37,1%	39,7%	8,2%	10,7%	1,3%	3,0%
ggü.	Gewinne und Verluste absolut								
B2005	3.415	-625.848	-617.207	-122.543	-189.976	-134.556	-132.746	-37.588	202
L2003	39.611	13.280	7.717	-324.927	210.271	42.490	-69.628	140.488	9.023
ggü.	in Prozentpunkten								
B2005		-14,4%	-14,2%	3,1%	1,1%	-2,3%	-2,6%	-0,2%	0,8%
L2003		-0,3%	-0,4%	-12,0%	7,6%	1,5%	-2,6%	5,1%	0,3%
Sitze im Hessischen Landtag									
2008	ohne Überhangmandate		110	42	42	11	9	6	
2003			110	56	33	9	12		

Niedersachsen

Die niedersächsischen Wahlergebnisse zeigen eine unbeständige, wechselwillige Wählerschaft. Bei den letzten beiden Bundestagswahlen siegte die SPD mit deutlichem Vorsprung vor der CDU, bei der zwischenzeitlichen Landtagswahl unterlag sie ebenso deutlich der Wulff-Partei. Zu einem erheblichen Teil dürften die Bundestagswahlergebnisse auf einen landsmannschaftlichen Schröder-Effekt zurückzuführen sein und nicht die landespolitische Stärke der SPD wiedergeben. Sie wurde unter Sigmar Gabriel verspielt.

Insgesamt gingen über 560.000 WählerInnen weniger zur Wahl als zur Landtagswahl 2003 und gar 1,355 Mio. weniger als zur letzten Bundestagswahl. Bezogen auf die Bundestagswahl 2005 blieb in Niedersachsen dieses Mal gut jeder fünfte Wähler der Wahlurne fern. Für die einzelnen Parteien stellte sich dies ganz unterschiedlich dar: fast jeder zehnte CDU-Wähler, aber fast jeder zweite SPD-Wähler von 2005 ging nicht zur Landtagswahl, mehr als jeder dritte FDP-Wähler und fast jeder vierte Grünen-Wähler ebenfalls nicht. Demgegenüber konnte die LINKE ihre Stimmenzahl gegenüber der Bundestagswahl um 18,5% oder knapp 38.000 Stimmen steigern. Das ist ein ebenso überraschend erfolgreiches wie erstaunliches Ergebnis. Es kann davon ausgegangen werden, dass es den Wählerinnen und Wählern der LINKEN vor allem um das (bundes-)politische Signal ging, das von einem Einzug in den Landtag erwartet wurde. Es zeigt, dass die LINKE auch in einem eher müden und langweili-

gen Landtagswahlkampf große Teile ihres Wählerpotentials mobilisieren kann. Was für den niedersächsischen Landesverband ein überragender Erfolg ist – ein absolutes Stimmenplus, wirft angesichts des außerordentlichen Rückgangs sozialdemokratischer Wähler um über 1 Million gleichwohl Fragen nach dem Wählerpotential der LINKEN und wie es zu erreichen ist, auf. Oder anders formuliert: wie werden sich diese ehemaligen sozialdemokratischen Wähler 2009 orientieren? Niedersachsen 2008 steht für die klassische Situation, in der die Nachfrage der Wählerinnen und Wähler nach einer politischen Alternative das vorhandene Angebot bei weitem übersteigt.

Die regionalen Schwerpunkte der LINKEN liegen im Südosten Niedersachsens einschließlich Hannover und im Nordwesten einschließlich einiger Wahlkreise rechts der Unterweser. Hier erreicht sie teilweise zweistellige Ergebnisse (Braunschweig, Göttingen, Hannover, Oldenburg, Delmenhorst, Wilhelmshaven) und den dritten oder vierten Platz (vor der FDP). Unter fünf Prozent bleibt die LINKE im Wahlkreis Bremervörde und in den katholischen, von der CDU dominierten Wahlkreisen Cloppenburg, Vechta und Bersenbrück im Südoldenburger Land. In nahezu allen Wahlkreisen hat sie ihre Stimmenzahl gegenüber der Bundestagswahl vergrößert. Hierbei gilt die Faustregel, dass dort, wo es eine 2005 starke SPD gab, diese überproportional an Stimmen eingebüsst und die LINKE überproportional hinzu gewonnen hat. In einigen Wahlkreisen – zum Beispiel Seevetal, Bremervörde – scheinen CDU und LINKE erkennbar von den SPD-Abwanderungen nach 2005 profitiert zu haben. In den Wahlkreisen, in denen die CDU 2005 stärker oder gleichauf mit der SPD lag, fallen die Stimmenzuwächse für die LINKE moderater aus.

Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl in Niedersachsen									
	Wahlberechtigte	Wähler	Zweitstimmen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonst.
Absolute Stimmen									
L2008	6.088.430	3.472.945	3.422.552	1.455.687	1.035.895	279.557	273.934	243.106	134.373
B2005	6.083.041	4.828.902	4.767.648	1.599.947	2.058.174	426.341	353.644	205.200	124.342
L2003	6.023.636	4.036.017	3.984.009	1.924.276	1.330.659	322.705	302.785		103.584
B2002	6.035.170	4.886.327	4.846.233	1.673.459	2.318.625	342.990	365.333	50.380	95.446
Prozentuale Anteile an Zweitstimmen									
L2008		57,0%	56,2%	42,5%	30,3%	8,2%	8,0%	7,1%	3,9%
B2005		79,4%	78,4%	33,6%	43,2%	8,9%	7,4%	4,3%	2,6%
L2003		67,0%	66,1%	48,3%	33,4%	8,1%	7,6%		2,6%
B2002		81,0%	80,3%	34,5%	47,8%	7,1%	7,5%	1,0%	2,0%
ggü.	Gewinne und Verluste absolut								
B2005	5.389	-1.355.957	-1.345.096	-144.260	-1.022.279	-146.784	-79.710	37.906	10.031
L2003	64.794	-563.072	-561.457	-468.589	-294.764	-43.148	-28.851	243.106	30.789
ggü.	in Prozentpunkten								
B2005		-22,3%	-22,2%	9,0%	-12,9%	-0,8%	0,6%	2,8%	1,3%
L2003		-10,0%	-9,9%	-5,8%	-3,1%	0,1%	0,4%	7,1%	1,3%
Sitze im Niedersächsischen Landtag									
2008	ohne Überhangmandate		152	68	48	13	12	11	
2003			183	91	63	15	14		

Tabelle: Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 nach Landtagswahlkreisen 2008 (Erst- und Zweitstimmen)

Wahlkreis	Wahlberechtigte	Wähler	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					
				SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige
3 Braunschweig-West									
L 08	70677	39063	38571	12345	13676	4235	2929	3995	1391
		55,3		32,0	35,5	11,0	7,6	10,4	3,6
B 05	70807	54561	53901	24496	14559	5457	4521	3320	1548
		77,1		45,4	27,0	10,1	8,4	6,2	2,9
6 Gifhorn-Süd									
L 08	77008	44443	43798	13510	19320	3151	3207	2934	1676
		57,7		30,8	44,1	7,2	7,3	6,7	3,8
B 05	76682	62007	61164	26197	21057	4301	5328	2384	1897
		80,9		42,8	34,4	7,0	8,7	3,9	3,1
7 Wolfsburg									
L 08	77273	39783	39115	12365	16730	2543	2645	3164	1668
		51,5		31,6	42,8	6,5	6,8	8,1	4,3
B 05	79032	61183	59995	27956	19216	3730	4496	2718	1879
		77,4		46,6	32,0	6,2	7,5	4,5	3,1
11 Salzgitter									
L 08	66114	36404	35655	14673	12863	1554	1965	3061	1539
		55,1		41,2	36,1	4,4	5,5	8,6	4,3
B 05	67400	52376	51455	26826	14562	2203	3086	2939	1839
		77,7		52,1	28,3	4,3	6,0	5,7	3,6
14 Goslar									
L 08	60455	34281	33636	11966	12620	1840	2587	3211	1412
		56,7		35,6	37,5	5,5	7,7	9,5	4,2
B 05	61196	47762	46900	21690	14553	2564	4103	2615	1375
		78,0		46,2	31,0	5,5	8,7	5,6	2,9
17 Göttingen-Stadt									
L 08	67181	39296	38906	11257	11106	8208	3378	4063	894
		58,5		28,9	28,5	21,1	8,7	10,4	2,3
B 05	66946	53942	53440	21061	13179	9965	4970	3341	924
		80,6		39,4	24,7	18,6	9,3	6,3	1,7
26 Hannover-Linden									
L 08	72900	37914	37319	13103	9299	5956	2402	4969	1590
		52,0		35,1	24,9	16,0	6,4	13,3	4,3
B 05	72806	54493	53723	26557	10793	7776	3204	3858	1535
		74,8		49,4	20,1	14,5	6,0	7,2	2,9
27 Hannover-Ricklingen									
L 08	75724	43537	43048	14500	14517	5234	3656	3707	1434
		57,5		33,7	33,7	12,2	8,5	8,6	3,3
B 05	75965	60216	59567	28258	15794	6771	4686	2740	1318
		79,3		47,4	26,5	11,4	7,9	4,6	2,2
28 Hannover-Mitte									
L 08	81046	45461	44957	14367	12087	8385	3950	4648	1520
		56,1		32,0	26,9	18,7	8,8	10,3	3,4
B 05	80607	63609	62972	28942	12994	10779	5081	3730	1446
		78,9		46,0	20,6	17,1	8,1	5,9	2,3

Tabelle: Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 nach Landtagswahlkreisen 2008 (Erst- und Zweitstimmen)
- Fortsetzung

Wahlkreis	Wahlberechtigte	Wähler	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					
				SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige
31 Langenhagen									
	72814	43716	43235	12158	18939	3048	4886	2505	1699
		60,0		28,1	43,8	7,0	11,3	5,8	3,9
B 05	71970	59334	58771	24393	20172	4211	6480	1980	1535
		82,4		41,5	34,3	7,2	11,0	3,4	2,6
39 Nienburg/Schaumburg									
	73541	41417	40920	12923	19091	2315	3003	2204	1384
		56,3		31,6	46,7	5,7	7,3	5,4	3,4
B 05	73891	57804	57217	25480	20682	3020	4699	1890	1446
		78,2		44,5	36,1	5,3	8,2	3,3	2,5
45 Bergen									
	71126	40207	39664	10171	19411	2225	3637	2286	1934
		56,5		25,6	48,9	5,6	9,2	5,8	4,9
B 05	71067	57264	56692	21795	22357	3109	5503	2103	1825
		80,6		38,4	39,4	5,5	9,7	3,7	3,2
48 Elbe									
L 08	85697	47816	47438	11950	19303	6136	3419	4514	2116
		55,8		25,2	40,7	12,9	7,2	9,5	4,5
B 05	85371	67305	66446	25246	21707	7140	5808	4584	1961
		78,8		38,0	32,7	10,7	8,7	6,9	3,0
49 Lüneburg									
L 08	91142	52508	51910	14289	18389	8701	4295	4374	1862
		57,6		27,5	35,4	16,8	8,3	8,4	3,6
B 05	90012	71650	70852	28764	20558	9280	6841	3681	1728
		79,6		40,6	29,0	13,1	9,7	5,2	2,4
51 Seevetal									
	58514	33935	33471	8775	15540	2794	2917	2018	1427
		58,0		26,2	46,4	8,3	8,7	6,0	4,3
B 05	58366	49051	48561	18489	17766	3933	5461	1774	1138
		84,0		38,1	36,6	8,1	11,2	3,7	2,3
54 Bremervörde									
	68006	40959	40519	10440	20716	2548	3178	1970	1667
		60,2		25,8	51,1	6,3	7,8	4,9	4,1
B 05	67223	53706	53223	20345	21296	3139	5251	1814	1378
		79,9		38,2	40,0	5,9	9,9	3,4	2,6
59 Unterweser									
L 08	57552	32751	32244	9948	13446	2644	2180	2642	1384
		56,9		30,9	41,7	8,2	6,8	8,2	4,3
B 05	57800	47020	46482	20803	13981	3650	4043	2512	1493
		81,3		44,8	30,1	7,9	8,7	5,4	3,2
62 Oldenburg-Mitte/Süd									
L 08	59689	32431	32024	9361	9445	5456	2859	3693	1210
		54,3		29,2	29,5	17,0	8,9	11,5	3,8
B 05	59290	46264	45732	20067	11002	6825	3701	3112	1025
		78,0		43,9	24,1	14,9	8,1	6,8	2,2

Tabelle: Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 nach Landtagswahlkreisen 2008 (Erst- und Zweitstimmen)
- Fortsetzung

Wahlkreis	Wahlberechtigte	Wähler	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen auf						
				SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige	
63 Oldenburg-Nord/West										
L 08	62254	36176	35819	11359	11107	5097	3518	3376	1362	
		58,1		31,7	31,0	14,2	9,8	9,4	3,8	
B 05	61588	49218	48721	21724	12653	6416	4166	2884	878	
		79,9		44,6	26,0	13,2	8,6	5,9	1,8	
67 Cloppenburg										
	65366	36507	36038	5609	24008	1259	2850	1414	898	
		55,9		15,6	66,6	3,5	7,9	3,9	2,5	
B 05	64417	49661	49015	11892	28589	1601	4853	1036	1044	
		77,1		24,3	58,3	3,3	9,9	2,1	2,1	
68 Vechta										
L 08	78122	46167	45609	7503	29882	1769	4113	1401	941	
		59,1		16,5	65,5	3,9	9,0	3,1	2,1	
B 05	76285	60820	60103	14772	34469	2229	6486	1273	874	
		79,7		24,6	57,3	3,7	10,8	2,1	1,5	
69 Wilhelmshaven										
L 08	64986	33517	32754	9586	12140	2521	2661	3698	2148	
		51,6		29,3	37,1	7,7	8,1	11,3	6,6	
B 05	66113	49769	48776	22779	14341	2721	3975	2867	2093	
		75,3		46,7	29,4	5,6	8,1	5,9	4,3	
86 Aurich										
L 08	83732	46419	45192	16442	17497	2964	1872	3897	2520	
		55,4		36,4	38,7	6,6	4,1	8,6	5,6	
B 05	82871	64283	63237	34660	16582	3861	3665	2987	1482	
		77,6		54,8	26,2	6,1	5,8	4,7	2,3	

(Quelle: Landeswahlleiter Hessen, Niedersachsen – eigene Zusammenstellung)

b) Wähler/-innenwanderungen

Hessen

Die Wählerstromanalyse zeigt, dass nur schwarz-gelb Stimmen an das NichtwählerInnen-Spektrum verloren haben. Sowohl die SPD als auch DIE LINKE können zusammen rund 90.000 frühere Nichtwähler/-innen gewinnen. Im Verhältnis zur SPD-Größe gewinnt DIE LINKE in diesem Spektrum überdurchschnittlich.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der WählerInnen in Hessen

Parteien	CDU	SPD	FDP	Grüne	DIE LINKE.	Andere	Nichtwähl.
CDU		-92.000	-66.000	-11.000	-16.000	-20.000	-79.000
SPD	92.000		8.000	66.000	-32.000	1.000	65.000
FDP	66.000	-8.000		---	-5.000	-6.000	-7.000
Grüne	11.000	-66.000	-8.000	---	-19.000	-1.000	7.000
DIE LINKE.	16.000	32.000	5.000	19.000		27.000	26.000
Andere	20.000	-1.000	6.000	1.000	-27.000		
Nichtwähler/innen	79.000	-65.000	7.000	-7.000	-26.000		

(Quelle: Infratest-dimap: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid253/analysewanderung6.shtml>)

Die SPD gewinnt insbesondere Stimmen von der CDU (rund 90.000) sowie von den Grünen (ca. 66.000). Mit den Stimmen aus dem Nichtwähler/-innenspektrum sind dies die Fundamente für das erfolgreiche Abschneiden der Sozialdemokraten.

Die CDU muss herbe Abgänge an die SPD, aber auch die FDP und das Nichtwähler/-innenspektrum hinnehmen.

Die LINKE. gewinnt aus allen Lagern, vor allem jedoch von der SPD und den Grünen sowie von den Nichtwähler/-innen. Zu berücksichtigen ist bei dieser Betrachtung jedoch, dass der Maßstab für diesen Vergleich die Landtagswahl 2003 darstellt, weshalb keine Aussagen darüber getroffen werden können, welche früheren SPD- oder Grünen-Wähler/-innen der Landtagswahl 2003 bereits bei der Bundestagswahl 2005 der LINKEN ihre Stimme gaben.

Die Grünen und die FDP haben untereinander keinen Austausch von Wähler/-innen. Während die FDP rund 66.000 Stimmen von früheren CDU-Wähler/-innen verbuchen kann, müssen die Grünen die gleiche Stimmenzahl an die SPD abgeben.

Niedersachsen

Die Wählerstromanalyse zeigt, dass mit Ausnahme der LINKEN, die rund 30.000 Nichtwähler/-innen gewinnen kann, alle etablierten Parteien Stimmen an das Nichtwähler/-innen-Spektrum abgeben müssen. Vor allem die beiden großen Volksparteien verlieren Stimmen an die Nichtwähler/-innen – zusammen ca. 389.000.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der WählerInnen in Niedersachsen

Parteien	CDU	SPD	FDP	Grüne	DIE LINKE.	Andere	Nichtwähl.
CDU		-13.000	-45.000	-9.000	-27.000	-26.000	-243.000
SPD	13.000		1.000	-21.000	-79.000	-20.000	-146.000
FDP	45.000	-1.000		-3.000	-10.000	-12.000	-22.000
Grüne	9.000	21.000	3.000		-31.000	-6.000	-40.000
DIE LINKE.	27.000	79.000	10.000	31.000		18.000	30.000
Andere	26.000	20.000	12.000	6.000	-18.000		
Nichtwähler/innen	243.000	146.000	22.000	40.000	-30.000		

(Quelle: Infratest-dimap: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid254/analysewanderung3.shtml>)

Die SPD muss 146.000 Stimmen an die Nichtwähler/-innen und knapp 80.000 Stimmen an die LINKE. abgeben. Sie erhält demgegenüber geringe Stimmen von der Union.

Die CDU verliert an alle anderen Parteien sowie an die Nichtwähler/-innen rund 363.000 Stimmen. Das entspricht rund einem Fünftel der Wählerinnen und Wähler der Union.

Die LINKE. gewinnt aus allen Lagern, vor allem jedoch von der SPD und den Grünen sowie von den Nichtwähler/-innen. Zu berücksichtigen ist bei dieser Betrachtung jedoch, dass der Maßstab für diesen Vergleich die Landtagswahl 2003 darstellt, weshalb keine Aussagen darüber getroffen werden können, welche früheren SPD- oder Grünen-Wähler/-innen der Landtagswahl 2003 bereits bei der Bundestagswahl 2005 der LINKEN ihre Stimme gaben.

Die Grünen und die FDP haben untereinander nur einen geringen Austausch von Wähler/-innen. Beide Parteien müssen deutliche Stimmenverluste an die Nichtwähler/-innen hinnehmen.

c) Wer wählte wen?

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.⁸

Folgende Ergebnisse sind – nach Angaben von Infratest-dimap – zu verzeichnen. Von einer hohen Wahlbeteiligung profitierte in Niedersachsen und Hessen die Union, während eine niedrige Wahlbeteiligung die SPD und DIE LINKE. bevorteilte. In Hessen wiederum stellte sich eine mittlere Wahlbeteiligung für die SPD als positiv heraus.

Bei einer Betrachtung der Hochburgen sind folgende Ergebnisse festzustellen: In Hessen und Niedersachsen konnte in CDU-Hochburgen auch die FDP gute Wahlergebnisse erreichen. Auch umgekehrt ist dieser Effekt festzustellen. In SPD-Hochburgen DIE LINKE. überdurchschnittliche Ergebnisse. In Hochburgen der Grünen konnten SPD, DIE LINKE und die FDP überdurchschnittliche Wahlergebnisse erreichen.

Eine raumbezogene Betrachtung führt zu folgenden Ergebnissen: In den niedersächsischen und hessischen Großstädten dominierten SPD, Grüne und LINKE mit rund 55 %. In den hessischen Mittelstädten lagen schwarz-gelb und rot-rot-grün ungefähr gleichauf. In niedersächsischen Kleinstädten erreichte schwarz-gelb eine knappe Mehrheit von 51 % und in Landgemeinden sogar von rund 55 %. In hessischen Kleinstädten erreichten SPD, Grüne und LINKE gut 50% und auch in den Landgemeinden lagen die drei Parteien knapp vor Union und Liberalen.

Traditionell lässt sich festhalten, dass eine Wahlbetrachtung nach Konfessionen zu dem Ergebnis führt, dass katholische Wähler/-innen eher liberal-konservativ, protestantische Wähler/-innen hingegen vergleichsweise eher bereit sind, SPD, Grüne und LINKE zu wählen.

Wahlentscheidende Themen für die Wähler/-innen der LINKEN waren in erster Linie Soziale Gerechtigkeit und mit deutlichem Abstand an zweiter Stelle der Abbau von Arbeitslosigkeit. Die Themen Bildungspolitik und Wirtschaftspolitik rangierten in Hessen an dritter und vierter Stelle.

Tabelle: Wer wählte was? (Angaben in %)

Wähler/-innen	Land	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Kurzentschlossene	HES	31	32	13	11	6
	NDS	36	31	8	10	9
Erstwähler/-innen	HES	27	39	8	12	3
	NDS	36	29	8	12	6
Arbeitslose	HES	22	36	6	11	15
	NDS	19	36	7	7	27
Arbeiter/-innen	HES	35	36	5	6	7
	NDS	36	35	5	5	11
Frauen	HES	35	39	9	9	4
	NDS	43	31	8	9	6
Männer	HES	37	35	10	7	6
	NDS	42	29	9	7	9

(Quelle: Infratest-dimap: <http://www.tagesschau.de>)

DIE LINKE. erhält den höchsten Zuspruch bei Arbeitslosen und Arbeiter/-innen, mit Werten, die zum Teil das Drei- bis Fünffache ihres Wahlergebnisses erreichen. Darüber hinaus wird

⁸ Bei der Erstellung der Wahlberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind sehr bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

sie von Frauen weniger als von Männern gewählt. Bei den Erstwähler/-innen erhält sie unterdurchschnittliche Zustimmungsraten.

Tabelle: Wähler/-innen nach Tätigkeit (Angaben in %)

Wähler/-innen	Land	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Arbeiter/-innen	HES	36	35	6	5	7
	NDS	36	35	5	5	11
Angestellte	HES	34	40	9	9	5
	NDS	39	32	8	12	6
Selbständige	HES	31	25	24	13	2
	NDS	48	10	19	12	7
Rentner/-innen	HES	47	36	8	3	4
	NDS	48	33	8	3	6
In Ausbildung	HES	24	35	12	16	4
	NDS	34	27	7	16	11
Arbeitslose	HES	22	35	7	9	16
	NDS	19	36	7	7	27

(Quelle: Infratest-dimap: <http://www.tagesschau.de>)

Tabelle: Altersstruktur der Wählerinnen und Wähler (Angaben in %)

Wähler/-innen	Land	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Unter 30 Jahre	HES	29	41	8	10	5
	NDS	38	29	k.A.	k.A.	k.A.
30 bis 44 Jahre	HES	30	39	k.A.	k.A.	k.A.
	NDS	41	28	k.A.	k.A.	k.A.
45 bis 59 Jahre	HES	33	38	k.A.	k.A.	k.A.
	NDS	38	32	k.A.	k.A.	k.A.
über 60 Jahre	HES	49	32	9	4	4
	NDS	50	30	k.A.	k.A.	k.A.

(Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: <http://www.zdf.de>)

Die Autoren / Vorbehalt

Benjamin-Immanuel Hoff ist promovierter Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlkampfberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Die während der Wahlkampf entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *